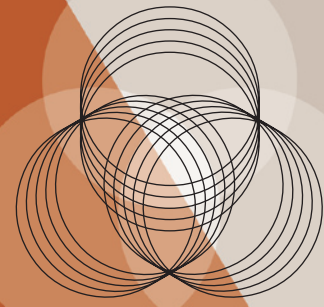


IFSH aktuell 85



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg Januar / Februar 2011

„Wege aus der Gewalt“

IFSH und ZNF veranstalten interdisziplinären Workshop

Unter dem Banner „Wege aus der Gewalt“ haben das IFSH und das Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) am 11. Februar 2011 rund 120 Hamburger Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forscher eingeladen, um geplante Themen und laufende Projekte zu Frieden und Konflikt zu diskutieren. Die mittlerweile gut vernetzte Community der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Universität Hamburg diskutierte mit Forschenden des IFSH, des ZNF und des *German Institute of Global and Area Studies* (GIGA) in fünf themenbezogenen Arbeitsgruppen über „Violent conflict in the context of climate change and natural resources“ (Gewaltkonflikte im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem Zugang zu Rohstoffen), „Arms control and disarmament“ (Rüstungskontrolle und Abrüstung), „Post conflict peacebuilding“ (Friedensaufbau nach Konflikten) und „Power and Transformation“ (Macht und Transformation) sowie zu „Mediation and Negotiation“ (Mediation und Verhandlungen) über Forschungsansätze, Theorien und neue Ergebnisse. Ziel des Formats *Wege aus der Gewalt* ist es über die gemeinsame Reflektion einzelner Projekte hinaus vor allem Synergien zwischen den Disziplinen zu ermöglichen. Neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Fachbereichen Politikologie und Physik, die die stärksten Fraktionen bildeten, waren auch die Psychologie, Soziologie, Medizin, (Bio-)Chemie und Geowissenschaften vertreten.

Der Umgang mit Interdisziplinarität ist komplex und setzt Erfahrung voraus. „Es ist ein enormer Kraftakt Interdisziplinarität umzusetzen. Kleine Gruppen mit stark fokussierten Themen sind essentiell, damit man sich untereinander noch verstehen kann.“ meint Psychologe Alexander Redlich von der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft nach der Moderation der Arbeitsgruppe „Mediation und Verhandlungen“. Diese besondere Herausforderung wurde während der Tagung erfolgreich umgesetzt: „Es ist beeindruckend, welche Fülle an Projekten und Potenzialen diese Gemeinschaft hervorbringt“, so Harald Schlüter von der Abteilung Forschung und Wissenschaftsförderung der Universität nach der Zusammenfassung der Ergebnisse aller Arbeitsgruppen im Plenum.

Interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung hat in Hamburg derzeit Konjunktur. Mitglieder der Gruppe



In der Arbeitsgruppe „Rüstungskontrolle und Abrüstung“: Martin B. Kalinowski, ZNF (Bildmitte mit Laptop), links daneben Götz Neuneck, IFSH und weitere Teilnehmer und Teilnehmerin (Foto TK)



In der Arbeitsgruppe „Mediation und Verhandlungen“ (Foto TK)

arbeiten bereits seit einigen Jahren in vielfältiger Weise in Forschung und Lehre zusammen. Besonders hervorzuheben ist die im Exzellenzcluster „KlimaCampus“ angesiedelte Gruppe CliSec sowie die interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Verifikation und Monitoring internationaler Abkommen“. Ein Zugpferd im Bereich



interdisziplinärer Kooperationen ist auch die gemeinsame Lehre: In den unter dem Dach des ZNF veranstalteten Vorlesungen lehren Mitglieder aller sechs Fakultäten der Universität gemeinsam. Insbesondere die von allen Studierenden belegbare Ringvorlesung „Friedensbildung – Grundlagen, Konzepte und Fallbeispiele“ sowie die „Carl Friedrich von Weizsäcker Friedensvorlesung“ sind stark nachgefragte Veranstaltungen. Hartwig Spitzer und Ulrike Borchardt forderten zur Mitarbeit auf: „Alle sind dazu eingeladen sich mit Ideen und Themen in die kommenden Lehrveranstaltungen einzubringen“.

Im Frühjahr 2010 kam die interdisziplinäre Gruppe „Friedens- und Konfliktforschung in Hamburg“ das erste Mal im Rahmen des Workshops „Wege aus der Gewalt“ zusammen. Inzwischen gibt es einen gemeinsamen Internetauftritt auf den Seiten des ZNF (vgl. <http://www.znf.uni-hamburg.de/friedensforschung.html>).

Hier kann in einer Datenbank gezielt nach Informationen zu den in Hamburg ansässigen Protagonisten der Friedens- und Konfliktforschung recherchiert werden. In Zukunft sollen an dieser Stelle auch gemeinschaftlich durchgeführte Projekte angekündigt, dargestellt und beworben werden.

Die Resultate des zweiten Workshops reichen von der direkten Suche nach Kooperationspartnern und -partnerinnen in Bezug auf eine breite Palette an Themen hin zu festen Absprachen über intensive Zusammenarbeit für einige laufende Projekte. Mehrere große Projektideen wurden im Rahmen des Workshops vorgestellt, vor allem in der Arbeitsgruppe „Rüstungskontrolle und Abrüstung“. Götz Neuneck vom IFSH führte ein in ein auf drei Jahre angelegtes Projekt mit dem Arbeitstitel „Globalizing Zero“, Iris Hunger vom ZNF schlug die Gründung eines Projektverbands zum Thema „Zivilgesellschaftliches Monitoring“ vor.

Die Realisierbarkeit eines Großteils der präsentierten Projektvorhaben ist noch ungesichert und es wird nach Drittmittelfinanzierungen gesucht. „Postdocs können bei DFG-Einzelanträgen die Beratungsleistungen der Abteilung Forschung und Wissenschaftsförderung in Anspruch nehmen“, erklärt deren Leiter Andreas Petersen. Parallel zu entsprechend „großen Lösungen“ bestehen Förderinstrumente in Hamburg nur für Gemeinschaftsprojekte mehrerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Vorbereitung von großen Vorhaben wie Forschergruppen und Graduiertenschulen.

Der Workshop wird von den Veranstaltern als zentrales Instrument der interdisziplinären Kooperation innerhalb der Universität, aber auch mit den weiteren Hamburger Institutionen gesehen: „Wir brauchen diesen

Workshop, um uns miteinander zu vernetzen. Auch der heutige Tag hat wieder deutlich gezeigt, wie viel Potenzial in diesem Bereich besteht – und wie groß der Förderbedarf ist“, resümiert Martin Kalinowski, Direktor des ZNF, nach der Abschlussdiskussion. (Beitrag von Linda Laddach, ZNF)

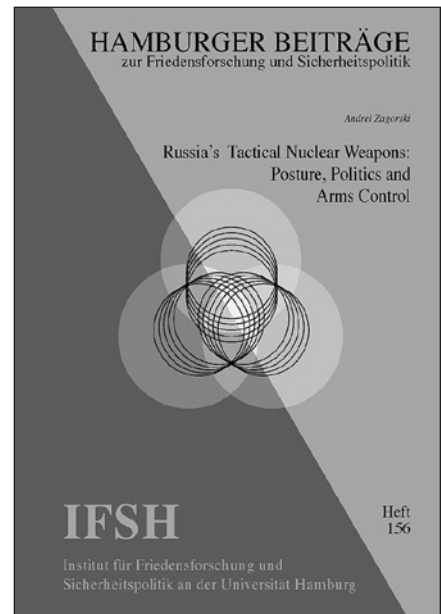
Kontakt:

Michael Brzoska

brzoska@ifsh.de

Neue IFSH-Studie zu Russlands taktischen Atomwaffen

Das IFSH hat eine neue Studie zu den Problemen der Kontrolle taktischer Atomwaffen Russlands herausgegeben. Die Studie ist von Dr. Andrei Zagorski, Professor am Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen (MGIMO) im Auftrag des IFSH verfasst worden. Zagorski kommt zu dem Schluss, dass Russland noch über ungefähr 2.000 taktische Atomwaffen verfügt, „die grundsätzlich für einen zeitnahen Einsatz verfügbar“ sind. Für taktische Atomwaffen bestehe ein hohes Risiko, gestohlen oder durch Unbefugte eingesetzt zu werden, hebt die Studie hervor. Zwar stehe die Frage der Kontrolle von taktischen Atomwaffen „heute ganz oben auf der Abrüstungsagenda“, Russland setze seit dem Ende des Kalten Krieges aber zunehmend auf Nuklearwaffen, um seine konventionelle Unterlegenheit gegenüber moderneren Militärmächten, insbesondere den USA, auszugleichen. Das russische Verteidigungsestablishment „zieht



der Vorstellung der Studie am 21. Februar 2011 in der Hamburger Landesvertretung in Berlin dabei. Bei dieser Gelegenheit trug Götz Neuneck auch die Ergebnisse der IFAR-Studie zur Raketenabwehr in Europa dem Berliner Publikum vor. Am 22. Februar stellten Zagorski und Neuneck beide Studien zudem auf einem vom IFSH gemeinsam mit dem United Nations Institute for Disarmament Research veranstalteten Seminar am Sitz der Vereinten Nationen in Genf vor. Dort diskutierten Diplomaten und Experten mit den beiden Autoren Möglichkeiten bei der nuklearen Abrüstung voranzukommen.



Panel beim UN-Seminar in Genf: (v.l.n.r.) Andrej Zagorski, Kerstin Vignard (UNIDIR Genf), Götz Neuneck, Pal Dunay (Geneva Centre for Security Policy)

es angesichts der unterschiedlichen Szenarien für die zukünftige strategische Landschaft vor, sich alle Optionen offenzuhalten und die russischen nuklearen Fähigkeiten zu bewahren bzw. weiterzuentwickeln“, so Zagorski.

Mehr als 30 Teilnehmer/-innen aus Regierung und Bundestag sowie von Botschaften, Forschungsinstituten und Medien waren bei

Die Studie "Russia's Tactical Nuclear Weapons: Posture, Politics and Arms Control" kann unter <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/hb/hb156.pdf> von der IFSH-Webseite heruntergeladen werden.

Kontakt: Oliver Meier

Oliver.meier@ifsh.de



Kleine Akteure auf großem Spielfeld: Die Afghanistanpolitik der zentralasiatischen Staaten Neues CORE-Pilotprojekt

Dieses von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderte Pilotprojekt befasst sich mit der noch wenig erforschten Thematik der Afghanistanpolitik der fünf zentralasiatischen Staaten. Obwohl bekannt ist, dass die zentralasiatischen Staaten äußerst besorgt sind über die Lage in Afghanistan und die Auswirkungen, die

schwachen Staaten Zentralasiens selbst ein erhebliches Risiko der Destabilisierung dar, das sich, im schlimmsten Fall, zu einem weitaus größeren, über die Grenzen Afghanistans hinausgehenden Konflikt entwickeln könnte. Die Ereignisse in Kirgisistan 2010 sind eine deutliche Warnung.

Eine Untersuchung dieser Aspekte ist notwendig, um zu einer Strategie zur Stabilisierung Afghanistans nach dem bevorstehenden Abzug der Koalitionstruppen beizutragen.

Kontakt : Diana Digol

digol@ifsb.de

PiraT - Arbeitspapier Nr. 1 erschienen:

„Security Governance als Rahmenkonzept für die Analyse von Piraterie und maritimem Terrorismus. Konzeptionelle und Empirische Grundlagen.“

Ziel des Verbundprojekts PiraT ist die Analyse der von Piraten und Terroristen für den Seehandel ausgehenden Risiken und die Erarbeitung von Handlungsoptionen für deutsche Akteure. Das interdisziplinäre Forschungsvorhaben verbindet politikwissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, wirtschaftswissenschaftliche und technische Perspektiven, um die Komplexität maritimer Gewalt adäquat erfassen zu können.

Das von Hans-Georg Ehrhart, Kerstin Petretto und Patricia Schneider verfasste Arbeitspapier soll erste empirische Einblicke in den Forschungsgegenstand vermitteln und das Rahmenkonzept für den weiteren Projektverlauf präsentieren. Dabei ist es als Arbeitsgrundlage zu verstehen, die stetig überarbeitet und angepasst werden soll.

Aufbauend auf dem Gedanken, dass eine effektive Bekämpfung maritimer Gewalt nur unter Einbindung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure aus aller Welt möglich sein wird, macht es sich das Forschungsprojekt zur Aufgabe, deren unterschiedliche Wahrnehmungen von Gefahren, ihre Motivationen und Kapazitäten zur Gefahrenabwehr zu analysieren. Das Rahmenkonzept der „Security Governance“ dient als Grundlage der Untersuchung. Es beruht auf der Annahme, dass, als Folge des zunehmenden Unvermögens von Staaten die Sicherheit ihrer Bürger zu garantieren, eine globale Risikogesellschaft entstanden ist. Diese erschwert es Staaten, sicherheitspolitische Probleme allein zu lösen und macht die Zusammenarbeit mit anderen, auch nichtstaatlichen Akteuren erforderlich. Das Konzept der „Security Governance“ wurde entwickelt, um diese multidimensionalen, nicht-hierarchischen Formen internationaler Zusammenarbeit zu erfassen. Als Analysewerkzeug erlaubt es Charakteristika, Antriebskräfte, Formen, Dimensionen und

Steuerungsinstrumente kollektiven sicherheitspolitischen Handelns zu untersuchen. Zugleich sensibilisiert es für die Komplexitäten der sicherheitspolitischen Problembewältigung in einer globalen Risikogesellschaft.

Des Weiteren bietet das Arbeitspapier Einblicke in die Phänomene Piraterie und Maritimer Terrorismus und diskutiert deren definitorische Herausforderungen. Ein Überblick der Reaktionen auf maritime Gewalt weltweit dient als Grundlage für eine konzeptionelle Diskussion, in der die fünf Grundpfeiler der „Security Governance“ auf den Kontext der maritimen Sicherheit angewandt werden. Das im letzten Kapitel



die dortige Entwicklungen auf ihre eigenen Länder haben, gibt es bis jetzt kaum, wenn überhaupt, Untersuchungen darüber, ob die zentralasiatischen Staaten durch eigene Initiativen bewusst versuchen, zur Stabilisierung Afghanistans beizutragen, um so ein Übergreifen des Konflikts auf ihre eigenen Länder zu verhindern.

Die Literatur über den derzeitigen Krieg in Afghanistan füllt ganze Bibliotheken. Meist handelt sie von den Erfolgsaussichten der westlichen Koalition, der militärischen Strategie der Koalitionstruppen und den Positionen der USA, der EU und einiger anderer Länder. Die Publikationen zur Rolle Zentralasiens beschäftigen sich hauptsächlich mit der Frage, inwieweit diese die Bemühungen der westlichen Allianz unterstützen; als eigenständige Akteure werden die zentralasiatischen Staaten nicht wahrgenommen.

Das ist umso überraschender, da Afghanistan und Zentralasien viel miteinander gemeinsam haben. Erstens sind beide Gebiete durch Sprache und ethnische Zusammensetzung, vor allem durch die in (Nord) Afghanistan lebenden Volksgruppen der Tadschiken und Usbeken, miteinander verbunden. Zweitens grenzen drei der zentralasiatischen Staaten – Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – auf einer Länge von insgesamt 2.000 Kilometern an Afghanistan. Drittens sind alle zentralasiatischen Staaten einer Vielzahl von grenzüberschreitenden Bedrohungen ausgesetzt, die von Afghanistan ausgehen (Drogenhandel, Aktivitäten der Islamischen Bewegung Usbekistans). Viertens behindert der Afghanistankrieg die wirtschaftlichen Aktivitäten einzelner zentralasiatischer Staaten. Fünftens schließlich stellen die semi-autoritären und gleichzeitig



vorgestellte Risikomodelle soll eine Analyse der Unsicherheitssituation im maritimen Raum ermöglichen und die Entwicklung koordinierter Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit des Seehandels vereinfachen.

Das Arbeitspapier kommt zu dem Ergebnis, dass maritimer Gewalt zwar zunehmend kooperativ entgegengetreten wird, aber eine weitere Ausdifferenzierung der Strategien und eine intensivere Koordinierung der Akteure nötig sind. Dies gilt insbesondere für langfristige, maritime Gewalt an ihren Ursachen packende Konzepte, deren Ausarbeitung den betroffenen Akteuren einen hohen Grad an Kompromissbereitschaft abverlangen wird. Überdies hat sich das Konzept der „Security Governance“ im ersten Test als ein äußerst ergiebiges Rahmenwerk für Forschungen zur Bekämpfung maritimer Gewalt erwiesen. Die Diskussion der Bausteine hat zudem gezeigt, dass verschiedene Ansatzpunkte für seine Verfeinerung und Weiterentwicklung im Laufe des interdisziplinären Forschungsprojekts PiraT bereitstehen.

Download unter: www.maritimesicherheit.eu/index.php?workingpapers

Kontakt:

Hans-Georg Ehrhart

Kerstin Petretto

Patricia Schneider

ehrbart@ifsb.de

petretto@ifsb.de

schneider@ifsb.de



Sicherheit und Frieden 4/2010 Afghanistan – Die Internationale Gemeinschaft am Scheideweg?

Gut neun Jahre nach 9/11 steht die internationale Gemeinschaft in Afghanistan am Scheideweg. Können neue Konzepte der Aufstandsbekämpfung und vernetzter Sicherheit einen Weg aus der Gefahr des Scheiterns westlicher Interventionspraxis weisen oder ist das Ende des liberalen Demokratieexports durch einen militärisch gestützten komplexen Staatsaufbau in Sicht? Diese beiden Fragen markieren den Rahmen für den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe von S+F.

Hans-Georg Ehrhart und *Roland Kaestner* analysieren das Konzept der Aufstandsbekämpfung (COIN) und evaluieren seine Umsetzung in Afghanistan anhand immanenter Kriterien. *Richard Roy* beschreibt den kanadischen Lernprozess und die Hinwendung zu einer bevölkerungszentrierten Strategie. *Philipp Münch* untersucht die Bedeutung des COIN-Konzepts für und seine Anwendung durch die Bundeswehr. *Citba D. Maaß* problematisiert das Verhältnis von Aufstandsbekämpfung und Friedensstabilisierung aus der Sicht von Nichtregierungsorganisationen. *Robert Lindner* arbeitet die schwierige Lage nicht-staatlicher Hilfsorganisationen während der Aufstandsbekämpfung heraus. *Eva Gross* untersucht die Bemühungen der EU im Bereich der Reform des Sicherheitssektors am Beispiel der EU-Polizeimission und ihres Verhältnisses zur NATO-Trainingsmission. *Mark Sedra* analysiert die Sicherheitssektorreform in Afghanistan. *Sven Gareis* beschäftigt sich mit Anspruch und Praxis vernetzter Sicherheit aus deutscher Sicht. *Christian Wagner* untersucht Pakistans politisch-strategische Ausrichtung zwischen Indien und Afghanistan. *Julian Schofield* analysiert die pakistanische Blockadepolitik gegenüber dem afghanisch-indischen Handel als ein zentrales Hemmnis.

Insgesamt zeichnen die zehn Aufsätze der Ausgabe ein eher skeptisches Bild der Lage in Afghanistan. Sie machen aber auch deutlich, dass noch viel Forschungsbedarf besteht – nicht nur im Hinblick auf das Land

und die Region, sondern auch auf Theorie und Praxis grundlegender Konzepte wie Aufstandsbekämpfung, Sicherheitssektorreform, vernetzte Sicherheit und Stabilisierung fragiler Staaten. Gastherausgeber ist Hans-Georg Ehrhart (IFSH/ZEUS).

Kontakt:

Regina Heller
Martin Kabl

beller@ifsb.de
kabl@ifsb.de

Sybille Reinke de Buitrago, *Threat Images in International Relations. American and German Security Policy on International Terrorism, Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag: Politikwissenschaften, Band 37, Marburg 2010.*

Das Buch vergleicht die amerikanische und deutsche Sicherheitspolitik in Bezug auf die Wahrnehmung des internationalen Terrorismus. Ein sozialkonstruktivistischer Ansatz dient dabei als theoretischer Rahmen. Methodisch wurden eine qualitative Inhaltsanalyse sowie Interviews mit Entscheidungsträgern und Expertinnen und Experten in Deutschland und den USA angewandt. Das Forschungsinteresse lag insbesondere auf der Frage, welche Art von



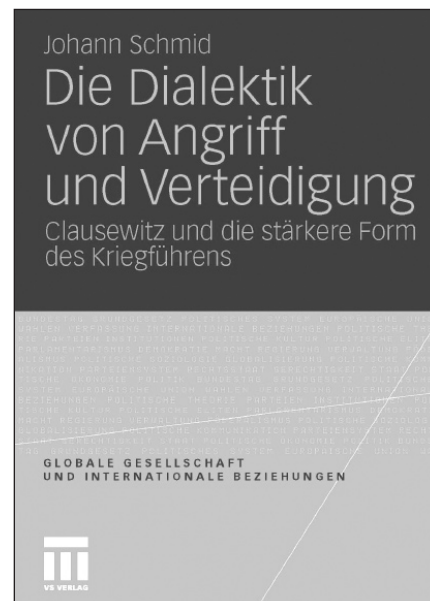
Bedrohungsperzeptionen Entscheidungsträger in der Außen- und Sicherheitspolitik beider Länder haben. Wichtig ist diese Frage deshalb, weil Bedrohungswahrnehmungen und hier vor allem auch Feindbilder die Interpretation von Ereignissen, Entwicklungen und Akteuren beeinflussen. Damit wird wiederum auch die Wahl der als möglich erachteten politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Bedrohungen gerahmt und auch eingeschränkt. Durch das Aufzeigen und Hinterfragen von Verbindungen zwischen Wahrnehmung, Interpretation und Handlung lassen sich politische Maßnahmen besser anpassen oder korrigieren. Insgesamt gesehen zeigt das Buch also Gemeinsamkeiten

und Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung von Entscheidungsträgern auf beiden Seiten des Atlantiks auf und weist auf Chancen für Anpassungen bei der Terrorismusbekämpfung hin.

Kontakt:

Sybille Reinke de Buitrago
reinkedebuitrago@ifsb.de

Johann Schmid, *Die Dialektik von Angriff und Verteidigung. Clausewitz und die stärkere Form des Kriegführens, in der Reihe: Globale Gesellschaft und Internationale Beziehungen; herausgegeben von Thomas Jäger, VS Verlag Wiesbaden 2010.*



Die Dialektik von Angriff und Verteidigung beschäftigt politisch-militärische Denker und Entscheidungsträger zu nahezu allen Zeiten und ist eine der grundlegenden Fragestellungen in Krieg und Konflikt. Das vorliegende Buch befasst sich mit dem Stärkeverhältnis der beiden Hauptformen des Kriegführens und Kämpfens: Angriff und Verteidigung. Zentraler Untersuchungsgegenstand ist die These des preußischen Generals und Kriegsphilosophen Carl von Clausewitz, wonach die Verteidigung die an sich „stärkere Form des Kriegführens“ sei.

Diese Vorstellung steht im Widerspruch zu den Ansichten namhafter Autoritäten verschiedener Epochen, insbesondere auch aus der Zeit des Kriegsphilosophen selbst. Gleichzeitig steht die Clausewitz'sche Theorie von der größeren Stärke der Verteidigung im Widerspruch zu wiederkehrenden Phänomenen der Kriegswirklichkeit. Eine ganzheitliche Untersuchung der Hintergründe, Methode und Argumentationsstruktur des Clausewitz'schen Werkes zeigt jedoch, dass keiner der von ihm aufgezeigten Begründungsansätze einer kritischen Prüfung standhält.

Kontakt:

Johann Schmid

Schmid@ifsb.de



IFSH aktuell
Ausgabe 85
Januar / Februar 2011

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Michael Brzoska, Susanne Bund,
Anna Kreikemeyer, Tim Kroeger, Jochen Rasch
Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · http://www.ifsh.de